

PRESSEMITTEILUNG

14. Juni 2024

14,46 Euro kostet ein Quadratmeter Wohnraum in Hamburg: Bündnis fordert sechsjährigen Mietenstopp

14,46 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche bezahlen Mieter:innen mittlerweile durchschnittlich in Hamburg, wenn sie in eine neue Wohnung ziehen. Das zeigen aktuelle Zahlen der empirica Preisdatenbank auf Basis der VALUE Marktdaten. Das sind 1.012,20 Euro bei einer 70-Quadratmeterwohnung – kalt! So kann es nicht weitergehen, deswegen unterstützt der Mieterverein zu Hamburg die Kampagne Mietenstopp, die am 15. Juni einen bundesweiten Aktionstag veranstaltet.

„Angesichts des sehr hohen Mietniveaus und der stetig steigenden Mieten in Hamburg bekommen immer mehr Menschen Angst, dass sie sich ihre Miete in absehbarer Zukunft nicht mehr leisten können. Jetzt ist es an der Zeit, die Politik wachzurütteln!“, sagt Dr. Rolf Bosse, Vorsitzender des Mietervereins zu Hamburg. „Wir rufen alle Mieter:innen auf, ihre Mietbilanz auszurechnen und diese direkt an ihre politischen Vertreter:innen zu schicken!“ Das ist mit einem einfachen Rechner mit nur wenigen Klicks auf mietenstopp.de/mietenbilanz/ möglich. Hier können Mieter:innen ihre aktuelle Miethöhe eingeben und zum Beispiel mit der von vor zehn Jahren vergleichen. Nach Eingabe der Postleitzahl erhalten Benutzer Vorlagen für Posts auf verschiedenen sozialen Netzwerken und eine E-Mail-Vorlage – alles mit Kontaktangaben der Abgeordneten in ihrem Wahlkreis. „In Hamburg sind die Mieten laut empirica in den letzten acht Jahren um 37,85 Prozent gestiegen. Kostete ein Quadratmeter 2016 noch 10,49 Euro, mussten Anfang 2024 bereits 14,46 Euro gezahlt werden. Die Bundesregierung hat noch etwas mehr als ein Jahr Zeit, den Mieter:innen mit einem sechsjährigen Mietenstopp eine Atempause zu verschaffen“, sagt Dr. Bosse. „In der Zwischenzeit müssen neue, bezahlbare Wohnungen gebaut werden. Dazu brauchen wir mehr öffentlichen und sozialen Wohnungsbau, die Umsetzung der neu eingeführten Wohngemeinnützigkeit und eine Verlängerung der Mietpreisbremse. Außerdem müssen die Kommunen Investoren bei Neubauprojekten stärker auf das Gemeinwohl verpflichten. Bund, Länder und Kommunen müssen zudem wieder stärker ihre Verantwortung als Anbieter von preiswertem, öffentlichem Wohnraum annehmen.“

Wie dringend ein Mietenstopp in Hamburg gebraucht wird, zeigt auch eine aktuelle Auswertung der [Online-Checks des Mietervereins zu Hamburg](#). So haben bisher in diesem Jahr knapp 1.550 Mieter:innen ihre Mieterhöhung mit dem digitalen Tool auf Unstimmigkeiten überprüft, rund 84 Prozent mit einem kritischen Ergebnis. Im selben Zeitraum überprüften rund 530 Nutzer ihre Neuvertragsmiete mithilfe der Online-Checks auf Verstöße gegen die Mietpreisbremse. Das erschreckende Ergebnis: In 54 Prozent der Fälle zahlten die Mieter:innen mehr Miete, als sie schuldeten – durchschnittlich rund 376 Euro. „Das Problem ist, dass die wenigsten Mieter:innen sich gegen die überhöhte Miete wehren und ihr Recht einfordern, weil sie Probleme mit der Vermieterseite fürchten und Angst vor Wohnungsverlust haben“, sagt Dr. Bosse. Diese überhöhten Mieten fließen anschließend in den Mietenspiegel. Ein Grund mehr, einen Mietenstopp umzusetzen angesichts der Effekte, die rechtswidrige Mieten auf das Mietenniveau haben.

Teil der Kampagne Mietenstopp sind Mieterinitiativen aus ganz Deutschland, aber auch Verbände wie der Deutsche Mieterbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die AWO oder der Paritätär. Um eine Verschnaufpause für die Mieter:innen in Deutschland zu erreichen, fordert die Kampagne Mietenstopp einen sechsjährigen Mietenstopp differenziert nach Wohnungsmärkten. In dieser Zeit muss verstärkt bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Hier muss sich auch der Staat als Anbieter bezahlbaren Wohnraums seiner wichtigen Rolle als ausgleichender Faktor auf dem Wohnungsmarkt wieder bewusst werden. Die Mietpreisbremse muss außerdem scharf gestellt und Mietwucher endlich effektiv geahndet werden. Klimaschutz und Wärmewende müssen sozialverträglich durchgeführt werden, damit am Ende die Mieter:innen nicht wieder die gesamte Last tragen müssen. Mehr Infos auf www.mietenstopp.de.

Hinweis für die Presse: Bitte geben Sie bei Nennung der Zahlen deren Quelle an. Die genannten Zahlen stammen aus der empirica Preisdatenbank auf Basis der VALUE Marktdaten. Sie entsprechen den sogenannten Angebotsmieten (Median), also jenen Preisen, zu denen Wohnungen auf dem Markt angeboten werden. Diese Werte bilden die Dynamik auf dem Wohnungsmarkt besser und zeitnaher ab als die sogenannten Bestandsmieten.

Pressetelefon (ausschließlich für Medienanfragen): **040 / 8 79 79-333**

Ansprechpartner: **Dr. Rolf Bosse**, 0162 / 1325110

Pressefotos: mieterverein-hamburg.de/pressekontakt/

Mieterverein zu Hamburg von 1890 r.V., Landesverband im Deutschen Mieterbund e.V.

Mit 78.000 Mitgliedshaushalten Hamburgs größte Mieterorganisation

Beim Strohhouse 20, 20097 Hamburg (bei U/S-Bahn Berliner Tor),

Tel. 040 / 8 79 79-0, Fax 040 / 8 79 79-110

mieterverein-hamburg.de, info@mieterverein-hamburg.de